



Kein Polizist mehr als bereits geplant.

CDU und FDP werden wohl exakt die Zahlen der Neueinstellung für die Polizei übernehmen, die die SPD bereits eingeplant hatte: Es sollen jährlich 2.300 Polizisten neu eingestellt werden. Im Wahlkampf hatte der CDU-Kreisvorsitzende Gregor Golland noch 3.000 Neueinstellungen versprochen. Und auch mit der von der CDU im Wahlkampf vehement geforderten Schleierfahndung wird es wohl wegen des Widerstandes der FDP nichts. Man verständigte sich nur auf „verdachtsunabhängige Kontrollen“, die aber ohnehin jeder Polizist bereits anwendet, wenn es ihm nötig erscheint.

Angst vor Nein-Stimmen aus CDU und FDP.

Am 27. Juni soll der neue Ministerpräsident gewählt werden. Jedoch will Herr Laschet nicht unmittelbar danach sein Kabinett vereidigen lassen. Er plant zwischen seiner Wahl und der Ernennung der Ministerinnen und Minister offenbar „Sicherheitstage“ ein. Er fürchtet offenbar Nein-Stimmen von Übergangenen oder Enttäuschten bei CDU und FDP. Dass sich Schwarz-Gelb nicht komplett ihrer Mannschaft sicher sein kann, hatte sich schon bei der Vizepräsidentenwahl im Landtag gezeigt. Hier hatte der AfD-Bewerber überraschenderweise 3 Stimmen mehr in geheimer Wahl erhalten als die Rechtspopulisten Sitze haben. Laschet scheint sich also seiner 1-Stimmen-Mehrheit im Parlament nicht sicher sein zu können.

Campus-Maut für reiche Studenten aus dem Ausland.

Nach der Wahl sind sie wieder da: Die Studiengebühren. CDU und FDP wollen zwar zunächst von allgemeinen Gebühren absehen - aber für Studierende aus Nicht-EU-Staaten soll eine Gebühr von 3.000 Euro pro Jahr eingeführt werden. Künftig wird also die finanzielle Elite angelockt. Es geht nicht mehr um die intellektuelle Elite. Solche nationalistische Sichtweise auf Forschung und Lehre wird dem internationalen Renommee unserer Hochschulen schaden. Das Signal an Studierende aus anderen Ländern ist erschreckend: ‚Eigentlich wollen wir Euch hier nicht; wenn ihr aber viel Geld mitbringt, dulden wir Euch‘. Trauriges Vorbild für die Campus-Maut in NRW sind Grüne und CDU in Baden-Württemberg.

Gefangen im Container?

Am Dienstag hatte ich einen eindrucksvollen Austausch mit dem Netzwerk „Flüchtlingshilfe Pulheim“. Dort wurde mir geschildert, dass etwa 250 Personen entsprechend ihres Aufenthaltssta-



tus ein Anrecht auf eine eigene Wohnung hätten. Sie werden aber in Pulheim nicht fündig, da es kaum bezahlbare Wohnungen gibt und sie nach dem Wohnsitzauflagen nur im Stadtgebiet Pulheim nach Wohnungen suchen dürfen. So leben viele wie Gefangene in



Containern. Ihr Ankommen im „normalen“ Umfeld ist damit stark behindert. Ich habe den Eindruck, dass wir die Auflagen zum Wohnsitz überdenken müssen, wenn Integration gelingen soll. Und ich glaube, dass manche Städte dringend in öffentlich geförderten Wohnungsbau investieren müssen - übrigens nicht nur für Flüchtlinge!

Guido van den Berg